



Asien-Newsletter

25. Januar 2019

Inhaltsverzeichnis		Seite
China	<i>Umstrittener Staatskapitalismus</i>	1
	<i>Frauen sind ein Vermögen wert</i>	2
	<i>Über 200 Marathonläufer disqualifiziert</i>	2
Taiwan	<i>Präsidentin appelliert an internationale Gemeinschaft</i>	3
Japan	<i>Das wirksame Prinzip der Abschreckung</i>	3
Indien	<i>Hoffnung für Schwule, Lesben und Transgender</i>	4

China

Umstrittener Staatskapitalismus

Deutschland fürchtet, dass es von China mit großen Plänen und öffentlichen Investitionen überholt wird, wo moderne Industriepolitik in großem Stil stattfindet, vor allem bei der Digitalisierung. Aber Warnungen vor zu viel staatlichem Einfluss nehmen zu. Das seit vierzig Jahren anhaltende Wirtschaftswunder schreibt die Regierung dem „China-Modell“ zu, einem „einzigartigen Zusammenspiel aus starker Zentralregierung, mächtigen Staatsunternehmen und weitsichtiger Industriepolitik“. Aber es gibt auch das „universelle Modell“, bei dem China nach den gleichen Mustern wächst wie einst Großbritannien oder Deutschland. Erfahrungen zeigen: Je mächtiger der Staat ist, umso geringer das Wachstum. Der Markt war immer ausschlaggebend. Chinas Boom wurde durch Investitionsexzesse teuer erkaufte, der versteckte Schuldenberg beträgt etwa sechs Billionen Dollar, die Hälfte der chinesischen Wirtschaftsleistung. Das Wachstum schrumpft gerade auf ein gesünderes Maß, Autoabsätze und Konsumverhalten sinken und Trumps Strafzölle haben durch den günstigen Wechselkurs noch keine Wirkung. China wird 2028 laut Prognosen die führende Wirtschaftsnation und bis 2049 eine voll entwickelte Industrienation sein. Aber der technische Fortschritt schafft nicht mehr

Wachstum als Jahre zuvor. Zuviel wird in Staatskonzerne und Altbranchen wie Stahl oder Kohle investiert, die Wirtschaft wuchs meist auf Kosten der Umwelt und enormer öffentlicher Haushalte. Ein neues Wachstumskonzept wäre gut, bevor das Land im Aufholprozess steckenbleibt. „Made in China 2015“ soll der Nation die technologische Führung bringen, das Seidenstraßen-Projekt neue Ressourcen und Märkte sichern. Aber die internationale Gemeinschaft fordert mehr Öffnung. Teilweise findet das statt, doch Peking wünscht gleichzeitig mehr Kontrolle. Präsident Xi preist die Globalisierung, will aber doch einen „experimentellen Autoritarismus“. Technologische Entwicklung muss nicht autokratisch und zentral geplant werden; was bei Innovationen zählt, ist der Markt. Peking trifft keine perfekten Vorhersagen zur Entwicklung, sonst gäbe es nicht so viele neue Geisterstädte. Europa sollte sich selbstbewusst am eigenen freiheitlichen System orientieren, die soziale Marktwirtschaft stärken, und faire Wettbewerbsregeln für deutsche Konzerne in China aushandeln. Dort ist der größte Erfolg die erste Sonderwirtschaftszone Shenzhen, wo der Staat nicht lenkt, sondern Start-ups Startsubventionen gewährt und sie ansonsten in Ruhe lässt. Die konfuzianisch geprägten Bürger, auch die Unterschicht, tut alles, damit die Kinder studieren können und 80 Prozent träumen von der

eigenen Firma. Die Kontrolle Pekings für die Modernisierung ein Hindernis genauso wie ein kritikresistenter Präsident, der unabhängige Expertisen ablehnt. Den aktuellen Wettbewerb wird China wohl gewinnen, aber der Westen mit der

Verbindung von Markt und Ordnung sollte gelassen bleiben. Ökonomische Stärke misst man auch an echter Innovation und der Lebensqualität der Bürger.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 15.11.2018

Frauen sind ein Vermögen wert

Seit 2016 dürfen Chinesen zwei Kinder haben, 35 Jahre der Ein-Kind-Politik sind vorbei. Die Folge ist ein Männer-Überschuss von 30 Millionen, denn in China hat man lieber Söhne als Töchter, die als Föten oft abgetrieben wurden. Jetzt bezahlen Männer enorme Mitgift-Summen, teilweise ein mehrfaches Familien-Jahreseinkommen, nur damit sie nicht in einem „Junggesellendorf“ versauern. Viele Familien verschulden sich lebenslang, in manchen Dörfern wird das „Brautgeld“ sogar richtig abgewogen, zusätzlich zu Schmuck, Auto, einem Haus und anderen Mitgift-Gaben. Das Dilemma: Die Nachfrage übersteigt bei weitem das

„Angebot“. Das Ministerium für zivile Angelegenheiten will die „vulgäre Praxis“ beenden. Auf Hochzeitsfeiern sollen jetzt sozialistische und traditionelle Werte im Mittelpunkt stehen, Präsident Xis „Gedankengut“ ist gefragt. In einigen Provinzen wurden schon Grenzen für Brautpreise eingeführt, wie z. B. beim Wert der Hochzeitsgeschenke und der Gästezahl (z. B. nur 200 Gäste oder zehn Tische). Schluss mit Geschenken wie Häusern, Autos und der Familienverschuldung. Ein löblicher Ansatz, aber die Durchsetzung wird schwer, die Angst der Männer vor dem Single-Dasein ist zu groß. Die nun erlaubten zwei Kinder müssen erst erwachsen sein, bevor es mehr Frauen gibt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 05.12.2018

Über 200 Marathonläufer disqualifiziert

237 Teilnehmers eines Halbmarathons in Shenzhen versuchten, zu schummeln. Sie nahmen einen Grünstreifen als Abkürzung und sparten etwa 10 Prozent Laufstrecke. 21 weitere Läufer gaben falsche Rückennummern an vorauslaufende Starter, erschwindelten sich damit bessere Zeiten oder ließen Athleten antreten, die ihrer Meinung nach besser als sie waren. Jetzt wurden die Schwindler disqualifiziert. Sie hatten nicht an die Überwachungskameras gedacht, die fast an jeder Straßenkreuzung stehen. Die Schwindler bei den Rückennummern wurden lebenslang und die

„Abkürzer“ für zwei Jahre gesperrt. Ganz übel wird wohl die Verachtung in der Marathon-Gemeinschaft sein. Früher, man erinnert sich vielleicht, war „Schummeln“ eher eine Lektion für's Leben, beim Spicken in der Schule z. B. testete man Grenzen aus. Die Folgen beim ersten Versuch waren nicht überdramatisch. Jetzt kann jeder Fehltritt durch elektronische Systeme dokumentiert werden, und das nicht nur im Sport. Die Organisatoren in Shenzhen brachten es auf den Punkt: Marathonlauf ist eine Metapher für das Leben oder auch: Wer betrügt, ist ein schlechter Mensch. In diesem Sinne ...

Quelle: Süddeutsche Zeitung 01.12.2018



ASIEN
BESSER
VERSTEHEN

Interkulturelle
Seminare

黃道歐盟工作室
HUANG+JAUMANN

Taiwan

Präsidentin appelliert an internationale Gemeinschaft

Seit dem chinesischen Bürgerkrieg, als die Kommunisten auf dem Festland die Volksrepublik China ausriefen, sind China und Taiwan mit den damals unterlegenen Nationalisten, den Kuomintang, getrennt. China betrachtet Taiwan als „abtrünnige Provinz“ und nach dem Ein-China-Prinzip als Teil der Nation. Jetzt hat der chinesische Präsident Xi eine Wiedervereinigung mit dem demokratischen Taiwan gefordert, die er

notfalls mit Gewalt durchsetzen will. Er behauptete, eine eventuelle Unabhängigkeit Taiwans wäre eine große Katastrophe für die Bürger. Taiwans engster politischer Verbündeter sind die USA, auch wenn sie Taiwan diplomatisch nicht anerkennen. Präsidentin Tsai Ing-Wen appelliert nun an die internationale Gemeinschaft, bei Bedarf zu helfen. Ihr Land werde das von Peking propagierte Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ nicht akzeptieren.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 05.01.2019

Japan

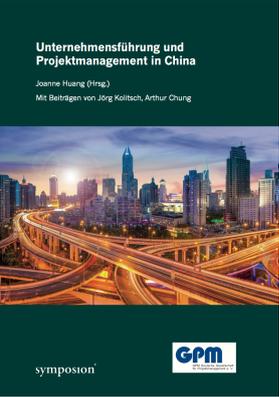
Das wirksame Prinzip der Abschreckung

Dem gestürzten Nissan-Chef Carlos Ghosn wird Korruption vorgeworfen, aber die japanische Justiz scheint bei ihm überzureagieren, wenn man an die Skandale bei Toshiba mit Buchfälschungen, Takata mit defekten Airbags oder Tepco mit der Mitschuld an Fukushima denkt. Keiner dieser Chefs saß je in Untersuchungshaft. Ghosn beteuert seine Unschuld, er habe keine der nicht gemeldeten Bezüge von Nissan erhalten. Seine Anwälte entkräfteten die Vorwürfe bereits sehr plausibel, dennoch droht ihm eine sechsmonatige Untersuchungshaft. Es wurden von der Staatsanwaltschaft noch keine klaren Straftatbestände vorgelegt. Das Problem ist eine dysfunktionale Unternehmensführung und die japanische Justiz. Sie folgt einem wirksamen Abschreckungsprinzip. In Deutschland ist die Kriminalitätsrate z. B. um 60 Prozent höher. Japans Justizapparat ist außerdem billiger und schlanker.

Auf Strafe folgt gesellschaftliche Ächtung, Täter werden nicht mehr in die Gesellschaft integriert, Ruf und Karriere sind dahin. Verhaftete werden von den Medien wie Freiwild behandelt. Japans Richter sollen bei Urteilen den gesellschaftlichen Kontext berücksichtigen, es steht ihnen frei, welche Fälle sie verfolgen und welche nicht. Ghosn ist angeblich ein Sonderfall, er soll sich persönlich bereichert haben, eine üble Sache. In Japan wird Korruption als Vergehen definiert mit dem Ziel, der Firma und damit dem Kollektiv zu schaden. Wenn Chefs ein Vergehen für die Firma begehen, wird das honoriert. Ghosn soll hingegen die Firma bestohlen haben, also hat die Justiz mit ihm ein gefundenes Fressen. Von komplizierten Fälle der Wirtschaftskriminalität wie bei Takata oder Toshiba lässt sie lieber die Finger. Dennoch ist die Handhabung des Falls überzogen. Nissan hätte die angeblichen finanziellen Unregelmäßigkeiten auch einfach intern regeln können.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 09.01.2019

Literaturempfehlung

 <p>Unternehmensführung und Projektmanagement in China Joanne Huang (Hrsg.) Mit Beiträgen von Jörg Koltisch, Arthur Chung symposion </p>	<p>Unternehmensführung und Projektmanagement in China Joanne Huang (Hrsg.), Jörg Koltisch & Arthur Chung September 2015, 234 Seiten Hardcover 45 EURO ISBN 978-3-86329-670-4 Symposion Publishing Buchbestellung direkt beim Huang+Jaumann Wirtschaftsbüro info@huang-jaumann.de</p>
--	--

Indien

Hoffnung für Schwule, Lesben und Transgender

Der 53-jährige Manvendra Singh Gohil ist der einzige offen schwule Prinz Indiens. Seine Familie herrschte bis zur Unabhängigkeit 650 Jahre über ein Fürstentum und blieb auch nach der Abschaffung der Maharadschas eine Institution, zu der die Leute bei Problemen lieber gehen als zu Behörden. Nach dem Coming-out verstieß die Familie Manvendra, wie das oft üblich ist. 80 Prozent aller schwulen Männer werden sogar von der Familie zur Heirat gezwungen, auch Manvendra. Er sieht sich zwar als Hüter des kulturellen Erbes, trotzdem bekannte er sich vor 12 Jahren zur Homosexualität und gab ein Interview in einer fundamentalistischen Zeitung. Laut indischem Recht war schwuler Sex 150 Jahre lang eine Straftat. Schwule, Lesben und Transgender kämpfen in Indien seit langem um gesellschaftliche Akzeptanz, aber erst kürzlich erklärte der oberste Gerichtshof das Gesetz für verfassungswidrig. Letztes Jahr waren bei der Pride- Parade zum ersten Mal auch Angehörige lesbischer und schwuler Kinder dabei. Der Weg ist

trotdem steinig, vor allem auf dem Land. Gohil wirbt für mehr Offenheit bei Firmenchefs und Politikern, denen er vorrechnet, wie viele Wählerstimmen sie verlieren könnten. Vor 18 Jahren gründete er bereits die Lakshya-Stiftung zur Aids-Aufklärung für Transgender und schwule Männer und, bei Bedarf, deren Frauen. Die regierende nationalistische BJP unterstützt seine Projekte sogar, denn er hilft beim Wahlkampf. Er will nun das erste Zentrum für Schwule, Lesben und Transgender in Indien gründen. Mittlerweile respektieren die Menschen ihn wieder. Der Grund ist wohl die Entscheidung des Gerichtshofs und Oprah Winfrey, die den ehemaligen Prinzen zu der berühmtesten Talkshow der Welt einlud. Nach der Versöhnung mit der Familie schenkte ihm sein Vater ein Grundstück für den Bau seines Zentrums. Verstoßene sollen dort ein neues Zuhause finden, auch ein Bildungszentrum ist geplant. Es soll eine Stätte der Ehrlichkeit sein, erklärt der Prinz. Jeder kann dazu stehen, was er oder sie ist und dass Sexualität auch zum Lebens dieser Menschen gehört, genauso wie bei Heterosexuellen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 22.12.2018

Redaktion: Ulli Jenisch

Kostenlose Abonnement : newsletter@huang-jaumann.de



Huang+Jaumann Wirtschaftsbüro

Bauerntanzgässchen 1
D-86150 Augsburg
Fon: 49-821-31 99 840
info@huang-jaumann.de
www.huang-jaumann.de

Dienstleistungen:

- * Globales Smart Management
- * Interkulturelles Training
- * Internationale Teambildung